

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Werden die Gewaltverharmlosungsvorwürfe an der IGS/HRS Brake sorgfältig geprüft?

Anfrage des Abgeordneten Björn Thümler (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 01.12.2015

Am 29. Mai und am 22. Juni 2015 haben sich Eltern von Schülerinnen und Schülern der Integrierten Gesamtschule/Haupt- und Realschule Brake mit Offenen Briefen an Kultusministerin Frau Heiligenstadt (SPD) gewandt. In den Schreiben werden ausführlich Fälle von Gewalt und Mobbing an der IGS/HRS Brake geschildert - bis hin zu Körperverletzungen, die zu stationären Krankenhausaufenthalten geführt haben, und psychischen Folgen von Mobbing, die in Suizidversuchen und Behandlungen in psychiatrischen Kliniken mündeten.

Die Offenen Briefe an die Kultusministerin werden von den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern als „Hilferuf“ und „Akt der Verzweiflung“ bezeichnet, weil die Gewalt- und Mobbing-Problematik nach ihren Erfahrungen „von der Schulleitung und Teilen der Lehrerschaft bewusst verharmlost wird“ (so eine Formulierung in dem Offenen Brief vom 29. Mai 2015). Auch an die Niedersächsische Landesschulbehörde haben sich Betroffene gewandt.

Das Kultusministerium hat den Eingang der Offenen Briefe jeweils bestätigt. Seitdem haben die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner in dieser Angelegenheit jedoch nichts mehr vom Kultusministerium oder der Landesschulbehörde gehört. Die beiden Offenen Briefe wurden von zwölf Personen unterschrieben, die sieben unterschiedliche Fälle von Gewalt, Mobbing und Verharmlosung repräsentieren. Außerdem werden in den Offenen Briefen weitere Fälle aufgeführt und Statements von Eltern gebracht, die die Dringlichkeit des Anliegens unterstreichen. Auf diese Weise werden 15 Fälle belegt.

Darüber hinaus wurde aus dem Kreis der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Offenen Briefe eine Facebook-Gruppe „Gegen Gewalt und Mobbing an den Schulen in der Wesermarsch“ gegründet, die rund 100 Mitglieder hat. Dort wurden weitere Fälle öffentlich gemacht.

Zusätzlich zu der Facebook-Gruppe besteht seit Ende Juni eine Elterninitiative gegen Gewalt und Mobbing an den Schulen in der Wesermarsch. Diese wird u. a. vom Vorsitzenden des Kreiselterrates Wesermarsch, dem Kreisbehindertenbeirat Wesermarsch und der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Brake unterstützt.

Nach Auffassung dieser Elterninitiative ist das Vorkommen von Gewalt und Mobbing an Schulen grundsätzlich nichts, was Schulleitungen und Lehrkräften angelastet werden könne, sofern sie konkrete Maßnahmen dagegen ergreifen. Denn es handele sich hier um ein gesellschaftliches Phänomen. Vorgeworfen werden müsse den Schulleitungen und Lehrkräften allerdings, wenn Gewalt und Mobbing verharmlost oder sogar bestritten würden und die Kinder von kritischen Eltern massivem schulinternen Druck ausgesetzt seien - wie für die IGS/HRS Brake beschrieben.

1. Was ist die Erklärung dafür, dass weder das Kultusministerium noch die Landesschulbehörde in den vergangenen Monaten zu den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern der Offenen Briefe vom 29. Mai und 22. Juni 2015 Kontakt aufgenommen haben, um die Vorwürfe im Einzelnen zu klären?
2. Inwiefern teilt die Landesregierung die Einschätzung der Eltern, dass dadurch der Eindruck entstehen könnte, dass das Kultusministerium bzw. Kultusministerin Heiligenstadt persönlich an einer Aufklärung der Vorwürfe kein ernsthaftes Interesse hat und das Leiden von Kindern und Eltern nicht ernst genommen wird?
3. Inwiefern steht das Handeln der Behörden im Widerspruch zu der Aussage von Kultusministerin Heiligenstadt vom 2. Juni 2015 in der *Nordwest-Zeitung*, die im Hinblick auf den ersten Of-

fenen Brief geäußert hatte: „Kinder und Jugendliche müssen gerne und ohne Angst zur Schule gehen können. Dafür mache ich mich stark.“?

4. Besteht hier möglicherweise ein Zusammenhang mit der Tatsache, dass es sich bei der IGS Brake um die Neugründung einer Integrierten Gesamtschule handelt?